

Gegen einen Ausstieg aus der geplanten interkommunalen Zusammenarbeit bei der Ausweisung von Gewerbegebieten sprechen die Bündnisgrünen aus. „Um wirklich entscheiden zu können, ist es noch viel zu früh“, so Jochen Ruoff, Fraktionsvorsitzender im Stadtparlament.

Wie schon mehrfach berichtet, empfiehlt der Magistrat der Stadt Lindenfels einen Ausstieg aus einem Projekt in der Gemarkung zwischen Mörlenbach und Rimbach. „Aussteigen kann man aber nur, wenn man vorher eingestiegen ist,“ so Ruoff weiter. „und wir sind noch gar nicht eingestiegen“

Deshalb werden die GRÜNEN in der nächsten Stadtverordnetenversammlung den Vorschlag machen, zunächst mit den beteiligten Gemeinden Fürth, Rimbach und Mörlenbach in einen echten Dialog zu treten. Dort soll zum einen die Form der interkommunalen Zusammenarbeit diskutiert werden. Derzeit sei eine Öffentlich - Rechtliche Vereinbarung auf den Weg gebracht, die aber noch gar nicht vorliege. Die Bereitstellung von Haushaltsmittel in 2017 sei in einem Schreiben der Gemeinde Rimbach zwar empfohlen, aber nicht als Voraussetzung für die weitere Zusammenarbeit genannt. Der Fürther Bürgermeister Öhlenschläger habe im Übrigen eine Übertragung der weiteren Erschließung an die Hessische Landgesellschaft in die Diskussion gebracht, was den städtischen Haushalt entlasten würde. „Das zeigt, dass noch vieles offen ist und weitere Gespräche notwendig sind,“ so Ruoff weiter.

Die Kritik des Bauernverbandes und des Bund für Umwelt und Naturschutz an den konkreten Plänen nehmen die GRÜNEN zwar ernst, allerdings seien diese Bedenken dann auch Gegenstand der entsprechenden Genehmigungsverfahren.

Eine gemeinsame Ausweisung von Gewerbegebieten spare insgesamt den Flächenverbrauch, wenn nicht mehr jede Gemeinde ihre eigenen Gewerbegebiete erschließe, so die GRÜNEN weiter. Deshalb solle die weitere Planung auch mit einem entsprechenden Augenmaß möglichst flächenschonend vorangetrieben werden. Ein gemeinsames Gewerbegebiet sei für die die einzige realistische Möglichkeit, überhaupt Gewerbe anzusiedeln. Jede Kommune für sich wird dies nicht mehr stemmen können. Dies sei nur möglich, wenn die Egoismen überwunden werden und die Zusammenarbeit der Region im Vordergrund stehe. Dies gelte auch für andere Bereiche wie zum Beispiel der Gesundheitsversorgung.

Die GRÜNEN hoffen, dass die Stadtverordneten den Argumenten gegen einen verfrühten Ausstieg aufgeschlossen gegenüber stehen werden und dem Vorschlag der GRÜNEN zustimmen können.